

Verpackungssteuer: Welche Städte folgen dem Vorbild Tübingen?

Niedersachsen prüft neue Verpackungssteuern. Kommunen folgen dem Tübinger Modell zur Müllreduzierung. Entscheidungen bis Ende 2025.



Tübingen, Deutschland -

Am 2. Mai 2025 berichtete die **Tageskarte.io**, dass das Bundesverfassungsgericht ein Urteil zur Verpackungssteuer in Tübingen gefällt hat. Dieses Urteil ermöglicht es anderen Kommunen in Deutschland, ähnliche Abgaben einzuführen. In mehreren Städten im Nordwesten des Landes wird die Einführung einer Verpackungssteuer konkret geprüft.

In Bremen plant der Senat, ab dem 1. Januar 2026 eine Steuer auf Einweggeschirr zu erheben. Die Detailfragen zur Umsetzung sind jedoch noch zu klären. Für die Stadt Lüneburg ist eine

Abstimmung über einen entsprechenden Antrag der Grünen am 7. Mai vorgesehen. Zudem wird in Buxtehude im zweiten Halbjahr mit einer Entscheidung gerechnet, während Delmenhorst eine neue Initiative der Grünen zur Verpackungssteuer gestartet hat. Göttingen denkt darüber nach, eine Verpackungssteuer ab 2027 einzuführen, und Hildesheim plant, dem Rat einen eigenen Vorschlag vorzulegen.

Verschiedene Städte prüfen ähnliche Maßnahmen

In Cuxhaven wird das Thema Verpackungssteuer in vier Fachausschüssen beraten, während Emden eine Ausschussberatung für Ende Mai anberaumt hat. In Hannover zeigt man sich offen für die Einführung einer Verpackungssteuer, eine Entscheidung ist jedoch nicht vor Ende 2025 zu erwarten. Osnabrück hingegen entwickelt Vorschläge zur Reduzierung von Verpackungsmüll und plant die Veröffentlichung eines Katalogs bis zum Sommer. Weitere Städte wie Aurich und Wilhelmshaven befassen sich ebenfalls mit der Thematik, während in Braunschweig, Wolfsburg, Oldenburg, Hameln, Goslar, Uelzen, Celle und Vechta aktuell keine konkreten Pläne für eine Verpackungssteuer bestehen.

Laut der **Ökotest**

Details	
Vorfall	gesetzgebung
Ort	Tübingen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.tageskarte.io• www.oekotest.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de